

Änderungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beratung der Beschlußempfehlung des Innenausschusses (4. Ausschuß)
— Drucksache 10/2054 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 9/692, 10/358 Nr. 6 —

Umweltprobleme der Nordsee
Sondergutachten Juni 1980 des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Beschlußempfehlung – Drucksache 10/2054 – werden folgende Absätze angefügt:

Der Deutsche Bundestag schließt sich dem Rat der Sachverständigen für Umweltfragen an, der in seinem Gutachten zu den Umweltproblemen der Nordsee feststellt, daß schon Teile des Küstenmeeres und der Flußmündungen durch übermäßig starke Belastungen geschädigt und die Nordsee als Ganzes erheblich gefährdet sind.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, folgende in ihren Entscheidungsbereich fallende, Sofortmaßnahmen unverzüglich zu realisieren:

1. Sofortige Einstellung der Verklappung von Dünnsäure, Abfällen aus der Titandioxidproduktion, Klärschlamm und Hafenschlick;
2. sofortige Einstellung der Müll- und vor allem Sondermüllverbrennung auf See;
3. Verbot von Tankwaschungen auf Hoher See, Bau von Chemikalien- und Ölentsorgungsanlagen in allen Häfen und Benutzungszwang als Bundesvorschrift;
4. sofortige Inkraftsetzung der MARPOL-Anlage 2 sowie bindende Festlegung auf die Vorschriften in den Anlagen 3, 4 und 5 ab 1986;
5. zur Verringerung der Schadstofffracht aus den Flüssen ist die Abwasserreinigung bezüglich der gefährlichen Stoffe nach dem Stand der Technik und bezüglich der kommunalen

Abwässer nach den best verfügbaren Techniken sicherzustellen. Keine weiteren Verzögerungen bei der Novellierung des Wasserhaushalts- und des Abwasserabgabengesetzes;

6. kein weiterer Verbrauch der für die Selbstreinigungskraft der Nordsee zentralen Wattflächen durch Eindeichungen, Hafenbauten und Industrieansiedlungen;
7. Verbot von Ölbohrungen im äußerst empfindlichen Wattenmeer.

Bonn, den 4. Oktober 1984

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion